



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

293 (27.6.1917) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-176640](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-176640)

Reisezeitpreis: 12. Kraft Kolonialstraße 40 Dlg., Kaffeezeit Nr. 1. 20.
Annahmestadt: Kaffeezeit Nr. 1. 20. 1. Uhr, Kaffeezeit Nr. 1. 20. 1. Uhr.
 Für Reisen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausreise wird keine
 Annahme übernommen. Reisezeitpreis in München u. Hamburg
 Nr. 1. 20. 1. Uhr, Kaffeezeit Nr. 1. 20. 1. Uhr, Kaffeezeit Nr. 1. 20. 1. Uhr.
 Teilzahlungsabrechnung. Bei der Post Nr. 1. 20. 1. Uhr, Kaffeezeit Nr. 1. 20. 1. Uhr.

Niederlande durch die Schiffverluste erwachsenen wirtschaftlichen Schäden gleichwertig, in Niederländisch-Indien liegende deutsche Schiffe der niederländischen Regierung zur Verfügung zu stellen, wogegen diese die für die versenkten Schiffe zu zahlenden Versicherungssummen herausgeben soll. Die Gefangenschaft für die niederländische transoceanische Fahrt bestimmt und werden erst auslaufen, nachdem unsere Gegner den Flottenwechsel anerkannt haben. Die deutsche Regierung wird weiter den Befehlungen der versenkten Schiffe, wovon glücklicherweise niemand ums Leben gekommen ist, den etwa erlittenen Schaden ersetzen. Die niederländische Regierung hat das bei diesen Verhandlungen bewiesene Entgegenkommen der deutschen Regierung mit Dank anerkannt, jedoch damit, daß die Beziehungen der beiden Länder trübende Zwischenfälle glücklicherweise erledigt ist.

Die Vergewaltigung Griechenlands.

■ Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Athen wird gemeldet: Sobald das Parlament zusammenberufen ist, wird Benizelos der Volksvertretung sein Programm vorlegen. Vielleicht wird es den Antrag enthalten, daß Griechenland sich auf die Seite der Entente stellen möge. Benizelos hat jedoch nicht die Absicht, das griechische Volk wider seinen Willen zu mobilisieren. In Athen befindet sich die Bevölkerung ihrer Ergebnisse für die vorläufige Regierung. Die Times meldet aus Athen, daß das Volk gegen Bulgarien kämpfende bewaffnete Heere auf Staatsbesuch an der Front bleiben werde. Zur freiwilligen Dienstnahme in diesem Heer soll fernerehin ermuntert werden. Überdies würden die Truppen in Salonika über gesundheitliche Garantien verteilt werden. Die Armee soll man auf ihre Friedensstärke bringen und zwar durch Einberufung zweier Armeekorps. Diese Truppen würden nicht nach der Front abgeschickt, aber in regulärer Weise ausgebildet werden. Nach Erledigung der vorläufigen Arbeit in der Kammer wird Benizelos eine große Champagne unternehmen, um dem Volke deutlich zu machen, weshalb es notwendig sei, daß Griechenland sich der Entente anschließe. In Thessalien dauert inzwischen die Entlassung der Bevölkerung fort. Es wurden bereits über 12.000 Gewehre und viele Karabiner und Jagdgewehre gesammelt. Man glaubt aber, daß die Bauern noch sehr viele Waffen versteckt haben.

■ Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Amsterdam wird gemeldet: Wie die Times aus Athen berichtet, besetzten am Sonntag morgen französische Truppen das Stadion und vertrieben die Menge der Stadt. Auf den Rat von Jonnart soll die vorläufige Regierung von Salonika nach dem Piräus überföhen. Eine starke Abteilung von Gendarmerie hat Salonika am Sonntag verlassen um sich nach Athen zu begeben, das sie zusammen mit französischen Truppen zu besetzen bestimmt waren. In Thessalien sind nach den französischen Abteilungen Truppen der vorläufigen Regierung gelandet.

Kaiserbau, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Neuer selbst aus Athen am 24. Juni: Ein Teil der Wälder schließt politisches Kapital aus einer antikenaiselischen Kundgebung, die am 23. Juni (nach der Reuterschen Darstellung von betrunknen Wehrsoldaten und Soldaten) demonstrativ worden ist. An der Kundgebung hatten einige hundert Personen unter Führung spanischer Agitatoren teilgenommen. Vom 25. Juni meldet das Reutersche Büro aus Athen, daß infolge dieser Kundgebung Truppen der Alliierten in Athen einmarschieren seien, um bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken.

Bern, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Progreß de Lyon meldet aus Athen, im Epirus sei eine Grenzschärfung worden zur Trennung des von den Italienern besetzten und der Nationalregierung unterstehenden Gebiets. Demnach scheinen die Gefahren vor Zwischenfällen ausgeschaltet zu sein.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 26. Juni, abends. (B.Z. Nichtamtlich.) Von den Fronten sind keine größeren Kampfhandlungen gemeldet.

Der Stand der Kämpfe.

Berlin, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) An der flandrischen Front herrscht am 26. Juni rege Artillerie- und Fliegeraktivität. Die deutsche Artillerie setzte mit beobachtetem guten Erfolg die Bekämpfung der englischen fort. Feindliche Bewegungen und Anhaltungen wurden gestört. Schweres Fernfeuer lief in Armentières zahlreiche Munitionsbrände und einen Fabrikanbrand hervor. Auch in Ypern wurde eine große Explosion mit nachfolgendem Brand beobachtet.

An der Aisnefront fanden in der Nacht zum 26. Juni sowie in der Nacht zum 27. Juni mehrere Patrouillen-angriffen statt und erzielte Gefechte kleinerer Abteilungen statt. Deutscherseits wurden mehrfach Gefangene eingebracht. Die Engländer fühlen nach anhaltendem Beschussfeuer mit Patrouillen bis zu Kampfnähe gegen den Venobogen vor, die im allgemeinen abgewiesen wurden. Ein bei Oisengny um 11 Uhr abends in den deutschen Graben vorgedrungen englischer Stoßtrupp wurde sofort hinausgeworfen. Westlich Fontaine gelang es den Engländern am 23. Juni überdies in Kampfnähe in die deutsche Stellung einzubringen. Sofort einsehende Gegenangriffe hatten Erfolg. Der Kampf ist noch im Gange.

An der Meusefront operieren die Franzosen erhebliche Menschenmassen für die Wiedereroberung der Vergennes nordwestlich von Hurtelbelleferme. Die Opfer stehen in keinem Verhältnis zu den erzielten Gewinnen.

An der Westchampane war bei sehr guter Sicht die Artillerie- und Fliegeraktivität rege. Schweres französisches Fliegerfeuer wirkte weit in das Hinterland der deutschen Stellungen. Die deutsche Artillerie nahm mit bestem Erfolg den Kampf gegen die Franzosen auf. Zahlreiche Brände und Explosionen wurden beobachtet.

Unwahre Behauptung der Franzosen.

Berlin, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Der Funkdienst Lyon vom 24. Juni, 10 Uhr vormittags, enthält sich darin, die Wahrscheinlichkeit der deutschen Heeresberichte anzuzweifeln. Der deutsche Heeresbericht vom 22. Juni soll lediglich die von den Franzosen angegebenen deutschen Erfolge bei Baugailion und am Boesberg gebracht haben, dagegen die Gewinne, die die Franzosen im Gegenangriff machten, unterschlagen haben. Eine Verfehlung des französischen Publikums soll wahrscheinlich der französischen Regierung selbst, da sie es bisher wagen konnte, ihrem republikanischen und demokratischen Volke die Berichte der deutschen Heeresberichte zu verheimlichen. In neutralen Ländern dürfte dieses Täuschungsmanöver schwerlich sein, da ein Blick in den deutschen Heeresbericht vom 22. Juni genügt, die Unwahrscheinlichkeit der französischen Behauptung zu erkennen. Im deutschen Heeresbericht vom 22. Juni heißt es über den französischen Gegenangriff bei Baugailion: Nach heftigem Kampf verdrängten die Franzosen unsere Truppen aus einem Teil der Gräben nordwestlich von Baugailion und über den französischen Angriff am Boesberg schreibt der Heeresbericht vom gleichen Tage: Während der Nacht fechtete der Gegner sieben heftige Gegenangriffe an, die ihm nur unwesentliche Erfolge brachten. Im übrigen wollen wir nicht vergessen: Am 19. April sollten die Franzosen als Angriffsziel des ersten Tages vor der Linie Maro-Boisjean bezeichnet worden. Am 25. April erreichte sich der französische Funkdienst über die Frage, ob in dem Hinterland weiter südlich dieser Linie einige Meter mehr oder weniger im Gegenangriff von den Deutschen zurückgewonnen wurden.

Der bulgarische Bericht.

Sofia, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht des Generalstabs.

Mazedonische Front.

Auf der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer. Feindliche Erkundungsabteilungen, die in der Koglenogegend vorzurücken versuchten, wurden zurückgeworfen. Auf dem rechten Bankufer wurde bei Kumanica eine feindliche Erkundungsabteilung durch Feuer gestreut. An der unteren Struma bei Smilow Patrouillengefecht.

Rumänische Front.

Bei Ramuhia und Marcea vereinzelte Kanonenschüsse.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Amtlicher Heeresbericht vom 25. Juni.

Kaukasusfront: Am rechten Flügel vor einer feindlichen Abteilung in Stärke von einer Kompanie beim Zusammenstoß mit unseren Aufklärungsabteilungen Tote und Verwundete und 300 sich zurück. Am linken Flügel in einigen Abständen bedeutungsloses Artillerie-, Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. An einem Abschnitt wurde ein feindlicher Ueberfallsversuch durch unser Feuer abgewiesen und dabei einige Beute gemacht. An den anderen Fronten keine erwähnenswerten Bewegungen.

Der englische „Sieg“ von Giza.

Berlin, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Unter den Papieren eines am 18. Juni abgeschlossenen englischen Fliegerkennzeichens befindet sich ein Brief aus London vom 20. Mai folgenden Inhalts: Es gibt nicht viel Neues hier, außer daß uns erzählt wird, daß die Ägypter sich entschlossen haben, zu kämpfen und keinen Separatfrieden zu machen. Aber ich glaube verdammt wenig von dem, was wir jetzt offiziell hören, besonders seit uns offiziell berichtet wurde, daß wir bei dem „Sieg“ von Giza 8000 Ägypter getötet und nur 400 britische Verluste hätten. Denn ich habe die glaubwürdige Nachricht durch unsere nahen Verwandten an dieser Front. Er erzählt mir: es war ein Flakso und daß wir nicht weiter gekommen sind, als wir vor zwei Monaten waren. Ich kann diese Sache nachprüfen, die uns vorgelegt werden, nicht verstehen. Soweit ich sehen kann, werden sie uns alle brauchen, bevor die Böden niedergehen sind.

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Der Landesverteidigungsminister beantwortet schriftlich die Interpellation des Abgeordneten Langenhan, betreffend Beleidigung des Offiziersstandes im allgemeinen und der Offiziere deutscher Nationalität im besonderen durch tschechische und slawonische Abgeordnete. Der Minister bedauert, daß unter Umständen nicht von allen Seiten des Hauses die Äußerungen für ihren beispiellosen Selbstmut, ihre unüberwindliche Ausdauer und Selbsterleuchtung sowie für den Schutz des bedrohten Vaterlandes tschechische Anerkennung finden. Die meisten Äußerungen, sagte er, betreffen Dinge, die sich hinter der Front oder gar im Hinterland zugezogen haben. Der großen Kulturarbeit, die unsere deutschen Truppen über sich selbst, gegen uns nur wenige. In der freien neutralen Schweizer Republik sogar noch jetzt vom Generalstabes unter Hinweis auf die angebliche Lage geäußert, daß jede Kritik an der Armee vermieiden werde. Für uns gilt das umso mehr, als wir mitten im Kriege stehen. Gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Dr. Stranek hebt der Minister das volle Verständnis und die volle Objektivität der Militärärzte hervor und protestiert gegen den Abgeordneten Korosic, weil dieser speziell den deutschen Teil des Offiziersstandes in einer Weise angreift, die seinem priesterlichen Hauptberuf gewiß nicht entspricht. Überdies, erklärte der Minister, gibt es keine nationalen Teile des Offizierskorps, und es darf keine geben. Wir sind alle Offiziere des Kaisers und wollen es zum Wohle der gesamten bewaffneten Macht auch bleiben. Die Hauptbedenken richten sich gegen die Militärgerichtsbarkeit und gegen die von den Truppen an der Front wegen Verrats getragenen Äußerungen. Man muß aber bedenken, daß der Verrat im eigenen Lande durch irreguläre Elemente tschechische Verfassungen nötig machte, die auch berechtigt sind. Solche Äußerungen werden nicht in einer Weise gemacht, die die Ehre der Armee beeinträchtigen, sondern sie sind tief bedauerlich, aber durch die Umstände zum Teil erklärlich. Die große Gesamtheit der Offiziere und Mannschaften aller Nationalitäten und das ganze Volk in Waffen hat sich bereits bewährt. Ich muß daher die Angriffe, die verallgemeinern wollen, als unberechtigt scharf zurückweisen. Der Reichstheater Steinerweder leitet die Verhandlungen über das Budgetprovisorium ein.

Der Leiter des Finanzministeriums Dr. Freyher von Sinner stimmt der Einschränkung des Budgetprovisoriums auf vier Monate sowie der Befristung der Kreditverpflichtung auf 6 Milliarden zu und sagt, es sei anzunehmen, daß man mit diesem Betrage während der nächsten vier Monate ausreicht. Bezüglich der Anregung für die hilfsbedürftigen Staatsbediensteten eine größere Aktion einzuleiten, erklärte der Minister, daß die Regierung sich wohl bewußt sei, in welcher außerordentlich schwierigen Lage sich ein großer Teil der Staatsbediensteten befindet und daß sie die Frage der Abhilfe eingehend prüfen und erwägen werde. Die heilige Pflicht der Finanzverwaltung sei strenge Sparsamkeit; dennoch müßten für die Förderung und Entwicklung der Produktion unter allen Umständen die Mittel aufgebracht werden. Die Vorlage des Budgets werde im Herbst möglich sein. Der Minister stellte die außerordentlichen Erfolge der letzten Kriegsanleihe fest, die ein Ergebnis von über 5 Milliarden habe. Er sagte: Der Erfolg ist durchaus echt. Die Notensperre wird für die Zwecke der Kriegsanleihe nicht in Anspruch genommen. Es kam auch bisher bei der Kriegsanleihe die Zinspräsumption der Notenbanken und Kriegsdarlehenskassen für Zwecke der Kombardierung so gut wie gar nicht vor. Der Erfolg der letzten Kriegsanleihe zeigt, daß wir die Kraft und den Willen haben, durchzuhalten. (Lebhafter Beifall. Der Redner wurde beglückwünscht.) Die Sitzung dauert fort.

Wien, 26. Juni. (B.Z. Nichtamtlich.) Den Wählern zufolge verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf unterbreitet werden wird, durch den die zu Kriegsbeginn auf die Zivilpersonen ausgedehnte Zuständigkeit der Militärgerichte für gewisse Verbrechen dahin eingeschränkt wird, daß diese Zuständigkeit nur für das Kriegsgeschehen aufrechterhalten wird, während sie für das Hinterland aufgehoben wird. Die Wähler beglückwünschten diesen Schritt mit großer Gemütigung.

Berechtigte Klagen neutraler Seefahrer an der falschen Stelle.

Von Kontradmiraal z. D. Kalau v. Hofe.

Das englische Verbot, die Nordsee zu befahren außer auf den von England erlaubten Wegen, der ihren aus- und heimfahrenden Schiffen außer ige Untersuchungsangriff in englischen Häfen, die Handelspläne im eigenen Lande, die schwarzen Ähren, das Festhalten ihrer Schiffsladungen in England, um ihre Handelsfreiheit mit Deutschland einzuführen, die ungeheuren Kosten und Verluste, die mit diesem willkürlichen, völlig unberechtigten Vergehen der englischen Regierung verbunden sind, alle diese Maßnahmen werden von den Neutralen als etwas Selbstverständliches hingenommen; denn es handelt sich ja um das Lebensinteresse der Nationen.

Seemacht. Hingegen erfahren die Maßnahmen, die die Mittelmächte treffen, um sich der Eröffnung der Nordsee zu widersetzen, in der Presse des Auslandes dauernd schärfsten Widerspruch. Trotz aller Warnungen und trotz aller Aufklärung durch den deutschen Admiralstab wird das Verbot, die von England und seine Verbündeten sich erstreckende Sperrzone zu befahren — ein Verbot, das mindestens ebenso berechtigt ist, wie das englische Verbot hinsichtlich der Nordsee — mißachtet.

Diese Verfehlung des Verhaltens beruht zum Teil auf der Uebersehung der englischen Seemacht und Unterdrückung der Abhängigkeit Englands von neutralen Zufahren und Hilfslieferungen mit Frachtraum, zum Teil auf dem Glauben, daß England den Krieg gewinnen muß. Man will es mit dem Sieger nicht verderben. So überwinden die Gewinnlust der neutralen Reederei und der Wagemut ihrer Schiffbesatzungen immer wieder alle Bedenken, die gegen die Fahrten in dem gefährdeten Sperrgebiet sprechen. Treten dann die bedauerlichen, aber vorher angelegentlichen Verluste von Schiff und Ladung ein, gehen dabei Leben und Gesundheit der Besatzungen und Passagiere bei stürmischem Wetter und Seegang oder wegen Widerstandes gegen die deutsche Seemacht verloren, dann erhebt sich ein Sturm der Entrüstung in der feindlichen und in der neutralen Presse über die Grausamkeit und Brutalität der deutschen Seekriegsführung. Und diese in möglichst grellem Licht erscheinen zu lassen, werden Berichte besonders nordwestlicher Seereste in verkehrsmäßiger Weise aufgebracht, wird das rücksichtslos englische Vorgehen als menschlich geprieist, es bringe nur Geld- und Zeitverluste mit sich, richte sich aber nicht gegen das Leben der Besatzungen und gegen die Schiffe selbst. Zweifellos ist das richtig. Dieser Unterschied der Folgen erklärt sich aber ganz einfach dadurch, daß die neutralen Reederei und Kapitäne sich den Vorschriften der englischen Regierung ohne weiteres fügen, da sie aus jahrhundertlicher Erfahrung wissen, mit welcher Brutalität die englischen Schiffskapitäne sonst gegen ihre Schiffe spielen würden, und weil sie im Vertrauen auf die falschen Nachrichten über die Wirksamkeit der Seesperre und im Vertrauen auf die Mäßigkeit der englischen Admiralität immer noch glauben, dem Griff der U-Boote entgehen zu können.

England hat das dringende Bedürfnis, den Druck der deutschen Seesperre zu lockern und auf jede Weise sich Zufahren zu verschaffen und den Ausfall seiner Handelsflotte durch neutrale Schiffe zu ersetzen. Um diese zur Fahrt durch das Sperrgebiet nach England zu bewegen, werden von englischer Seite die Erfolge der U-Boottätigkeit so weit als möglich verheimlicht und die U-Bootsgefahr als übertrieben hingestellt. So hat kürzlich der Premierminister Lloyd George im Parlament mit aller Entschiedenheit vom Siege über die U-Boote gesprochen — allerdings mit einigen Wenn's —, ein breiter Fluß, der die flauende Stimmung in England, die nach der glatten Ohnmachtserklärung der englischen Flotte durch den ersten Seesieg und infolge der fühlbaren Lebensmittelpenurie und wachsenden Teuerung viele Schichten der Bevölkerung ergriffen hatte, bannen und die sinkende Kriegslust der Entente aufrichten sollte.

Was die englischen Minister und ihre Presse durch Wort und Schrift erstreben, erzielen die englischen Kreuzer durch die Teil- und Handelsflotte, deren sie in der Nähe englischen Gebietes, aber außerhalb der Sperrzone, anständig werden, sie mögen völlig einwandfreie Ladungen und Reisefahrten haben oder nicht, werden unter Befehl englischer Kommandanten gestellt und gezwungen, nach englischen Häfen zu laufen und das Sperrgebiet zu passieren, um mindestens einer langwierigen Untersuchung unterworfen zu werden. Das Ende vom Liede, wenn die Schiffe nicht durch U-Boote vorher versenkt wurden, ist dann in der Regel die Abgabe der für England nützlichen Ladung und die Annahme von Frachten im Dienste der Entente.

Wird aber solchen Schiffen ausnahmsweise die Freiheit wieder gegeben und treten sie in dem begreiflichen Bewußt, ihren Feindern möglichst schnell zu entgehen, ohne die von der deutschen Regierung für das gefährliche Passieren der Seesperre bekannt gegebenen Vorschriften und Zeiten zu beachten, die Küstfahrt an, zu laufen sie erneut Gefahr, im Sperrgebiet von den deutschen U-Booten versenkt zu werden, die unmöglich wissen können, welches Schicksal die Behauerswerten dorthin geführt hat. Besonders bei Sturm in neutralen Häfen haben in jüngster Zeit einige U-Boote dieser Art ereignet: die Preise hat bewegte Klagen über die Verletzung wichtiger, für die neutrale Volkswirtschaft dringend benötigten Ladungen und Schiffe erhoben und die Schuld allein den deutschen U-Booten angehängt. Auf den ersten Blick mag dem Laien ein Befinden von auf der Heimfahrt begreiflichen Schiffen als sinnlos und zwecklos erscheinen; nur haben nicht die U-Boote das Unglück herbeigeführt, sondern die brutale Vergewaltigung neutraler Interessen durch die englische Seekriegsführung, die mit Rücksicht den neutralen Reedern und Kapitänen trügerische Sicherheit vorlieferte.

Bekanntlich hat die englische Admiralität ihren zu Tausenden vor den englischen Küsten schwärmenden Nachfahrern, Kreuzern und Hilfschiffen den Mißbrauch neutraler Flaggen und Schiffsbzeichen und Anwendung jeder Vertiefung und List (U-Bootsfallen) zur Pflicht gemacht, so daß die deutschen U-Boote, ohne sich in Gefahr zu begeben, eine Untersuchung der dort verkehrenden Handelsflotte nicht vornehmen können, selbst wenn die seit dem 1. Februar 1917 geltenden Sperrvorschriften die Nähe im Sperrgebiet nicht grundsätzlich entbunden hätten. Im Sperrgebiet soll jedem Handelsverteiler, gleichgültig in welcher Richtung er sich vollzieht, ohne weiteres mit den Waffen entgegengetreten werden — nur so ist eine erfolgreiche Abschirmung des englischen Seehandels möglich, nur so kann den Neutralen der verbotene Handel mit England verweigert und die wirtschaftliche Erschöpfung Englands herbeigeführt werden. Im Sperrgebiet dienen die neutralen Schiffsbzeichen und Flaggen keinen Schutz; sie sind durch England entwertet.

Aus dem Kurs eines neutralen Handelschiffes, auf dem es im Sperrgebiet angegriffen wird, kann unter den geschickten Umständen selbstverständlich auf die Hermslosigkeit seiner Ladung und seiner Abgaben keinerlei Schluß gezogen werden. Nach menschlicher Möglichkeit, wenn sich neutrale Schiffe, wie es kürzlich bei schwedischen Dampfern gelang, auf englischen Rat von der Fahrt durch das Sperrgebiet sicher gelassen lassen wollen; in dieser Gesellschaft fordern sie im Gegenteil geradezu zur Annahme feindlicher Absicht heraus; ihre Verletzung ist deshalb ohne weiteres gerechtfertigt. Diese Verurteilung der neutralen Reederei, die höchstwahrscheinlich im Einverständnis mit der englischen Regierung sind und auf immer größere Profite hoffen, werden die Wirksamkeit der Seesperre nicht brechen.

Außerhalb des Seesperregebietes gelten für die Tätigkeit der deutschen U-Boote die Vorschriften der Befehlshaber und der Kreuzertruppen ebenso, wie für die übrigen in Ausübung des Untersuchungsrechts begriffenen deutschen Seestreitkräfte. Alle Handlungen dieser deutschen Kriegsschiffe, die zur Aufbringung oder Verfestung von Handelschiffen führen, werden von deutschen Befehlshabern nachgeprüft. Falls durch Artum oder Zweifel der Kriegsschiffkommandanten nachteilige Folgen für die neutralen Reederei entstanden sein sollten, wird von Reichs wegen in entgegenkommender Weise Schadenersatz geleistet.

Die Reichstagswahlwahl in Dörrach.

14. Dörrach, 27. Juni. Nach Witterungsänderungen kommt für die Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Dörrach-Wülfrath als Kandidat per nat. list. Partei in erster Linie Bürgermeister Dr. Eugen Meier in Dörrach in Frage.

Eine neue Rede Lloyd Georges.

■ Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Amsterdam wird gemeldet: Lloyd George hält am Freitag in Glasgow über den Kriegszustand und die Kriegsziele der Alliierten eine neue Rede, die man als sehr wichtig bezeichnet.

■ Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Paris wird gemeldet: Lloyd George hält am Freitag in Glasgow über den Kriegszustand und die Kriegsziele der Alliierten eine neue Rede, die man als sehr wichtig bezeichnet.

Einem ähnlichen Ausgang nahm der Unfall der jungen Arbeiterin, die beim Aufhängen auf einen noch im Gange befindlichen Straßenbahnwagen zu Fall kam und sich einen Schädelbruch und schwere Verletzungen zuzog. Im hiesigen Krankenhaus ist sie den Folgen des Unfalls noch erliegen.

Wetterumfisch und Kulturenstand.

1. Aus Baden, 24. Juni. Nach einer ungewöhnlich lang anhaltenden Hitze und Trockenperiode ist in ganz Baden und im Schwarzwald am Donnerstag Abend ein durchgreifender Witterungsumschlag eingetreten. Die Hitze, die sich in der Rheinregion um Mitte der letzten Woche tagsüber bis zu 32 Grad gesteigert hatte, begann allmählich in Verbindung mit der unregelmäßigen Regen, einen nachteiligen Einfluss auf die Vegetation auszuüben. Der Donnerstag Abend brachte den in Stadt und Land heiß empfundenen Wetterwechsel. Mächtige Staubwolken, die aber überall ohne Schaden anzureichen, vorüberzogen, kündeten das allorts sich aufziehende Wetter an; nur vereinzelt kam es zu leichten elektrischen Entladungen, was als gewisse Abnormität bezeichnet werden kann, denn in der Regel werden derartige Witterungsumschläge nach langanhaltender Hitze durch schwere, oft verheerende Regengüsse eingeleitet. Der im Laufe des Abends den Böden folgende Regen war überall sehr ergiebig und hielt fast die ganze folgende Nacht und den nächsten Tag mit Unterbrechungen an; 10, 15 und sogar 20 mm Regen fielen an einzelnen Orten, wobei dem ausgetrockneten Gelande reichliche Feuchtigkeit zugeführt wurde. Angenehm stellte sich starke Abkühlung ein, die besonders am Samstag empfindlicher wurde, und in der flachen Nacht zum Sonntag fielen die Morgenstemperaturen im Schwarzwald bis zu 8, in manchen geschützten Lagen bis zu 6 Grad, in der Rheinebene bis zu 10 Grad; erst im Lauf des Sonntags, bei trockenem, heiterem und sonnigem Wetter im ganzen Lande und auch in den Bergen brachte, gab es wieder mäßigen Temperaturanstieg. Die reichlichen Niederschläge in den beiden letzten Tagen der verflochtenen Woche waren, wie man allgemein vernimmt, von außerordentlich guter Wirkung auf die sämtlichen Kulturgewächse des Feldes und Gartens; einzelne kümmerlich erhaltene Pflanzen traten rasch in ein besseres Vegetationsverhältnis. Der Gemütsknappheit, die sich ab der Trockenheit da und dort zeigte, dürfte rasch abgeholfen worden sein. Die Ankerknospe der Karisfeln, die bereits zu blühen beginnen, können sich nunmehr gut entwickeln. Auch den sämtlichen Beizgewächsen, besonders den Bohnen, die bereits anfangen, gelblich zu werden, kommt der Wetterumfisch zugute. Die Spärgelweide und die verschiedenen Kohlrabiforten können jetzt geerntet werden; auch für die noch erforderlichen Aussaaten ist das feuchtere Wetter sehr günstig, da die jetzt dem Boden anvertrauten Samen in Erde auszuweichen; namentlich erlaubt der Wetterumfisch nunmehr die Aussaat der Runkelrübenpflanzungen. Für Korn, Hafer, Gerste und Roggen kam der Regen gerade noch rechtzeitig, da die Entdunstung sehr, namentlich in den trockenen Höhenlagen, vielfach gehindert war. Nicht minder vorteilhaft ist der Regen für das weitere Wachstum der Grasflächen, wodurch die Küstländer für das Deind sich ständig bessern. Mit Einbringung des Heus ist man noch die und da beschäftigt, besonders in mittleren Gebirgsregionen größtenteils ist aber das Heu bei dem heißen, trockenen Wetter schon eingebracht worden. Überausstimmend hört man, daß der Ausfall beim Güte und Menge durchaus befriedigt. Die Erbsen liegen zuletzt sehr unter der Hitze und die Ernte ging rascher vorüber, als sonst, und war weniger ertragreich, als man erwartete; umso ergiebiger fällt ganz besonders in Baden und in den Schwarzwaldteilen die Kirchengewinne aus. Die Spätkartoffeln werden eben geerntet und fallen durch ihre vorzügliche Qualität auf. Die Johannisbeeren sind ausgereift und ergeben guten Ertrag; ebenso steht es mit der Entfaltung und der Ausreife der übrigen Obstsorten befriedigend.

Die Volksernährung.

Sauerkraut.

Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut hat mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichsländers bestimmt, daß Kriegswirtschaft auch in diesem Jahre zu Sauerkraut verarbeitet werden darf, da dieses Erzeugnis vielfach dem Kriegsgesellschaft zugeordnet wird. Das Kriegswirtschaft-Sauerkraut kann bei jeder nur befürchteten Hungersnot nicht rationiert werden. Auch einen erheblichen Höchstpreis dafür festzusetzen, ist nicht möglich, weil die Preise für den Kriegswirtschaft innerhalb des Deutschen Reichs sehr verschieden sind und mit dem Fortschreiten der Ernte ständig sinken. Nach einer im Reichsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung wird vielmehr der Preis, den die Hersteller beim Absatz von Sauerkraut höchstens in Abrechnung bringen dürfen, von der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut stets für den Einzelfall unter Berücksichtigung der Verhältnisse nach den von dem Bevollmächtigten des Reichsländers gegebenen grundsätzlichen Anweisungen endgültig bestimmt werden. Damit eine wirksame Kontrolle stattfinden kann, dürfen die Hersteller das Kraut nur gegen einen von der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut ausfertigten Bezugsschein liefern. Die Hersteller werden außerdem von einem bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst eingerichteten, mit sachmännisch vorgebildeten Kräften besetzten Reichsausschuß ständig überwacht werden. Bei dieser Verbindung der Herstellerpreise werden die Groß- und Kleinhandelspreise sich im freien Verkehr in den angrenzenden Grenzen halten. Wenn es sich gleichzeitig billige Kriegswirtschaft in großem Umfang zur Verfügung, und andererseits muß das Kraut innerhalb kurzer Zeit abgesetzt werden.

Diese Regelung gilt nur für das vor dem 1. September 1917 eingeführte Kraut und nur bis zum 15. September 1917. Von diesem Tage ab wird das gefamte Sauerkraut wie im vergangenen Winter und Frühjahr planmäßig an die Bundesstaaten verteilt werden, die ihrerseits die ihnen überlassenen Mengen den Kommunalverwaltungen zur Abgabe an die Verbraucher zuweisen werden. Die Preise für das rationierte Sauerkraut werden noch festgelegt werden.

Die Frühdruschorganisation in Baden.

Wieder hören wir von einer Kriegsernte, deren Ausfall für uns heute von größerer Bedeutung ist als je. Die Natur hat in diesem Frühjahr alles getan, was dem Wachstum förderlich sein konnte, nun kommt aber die Zeit der lauren Wochen für den Landwirt, da die Arbeit drängt. Viel größer sind die Schwierigkeiten, welche wir heute bei der Einbringung unserer Ernte zu überwinden haben und trotzdem müssen unsere Erntearbeiten nach Möglichkeit beschleunigt werden, damit bei unseren knappen Vorräten keine Störung in der Versorgung des Landes eintritt. Unter diesen Verhältnissen müssen wir es freudig begrüßen, daß die Regierung durch eine besondere Organisation die so wichtige Unterstützung der Landwirte bei der Ernte in die Wege geleitet hat.

In diesem Zweck sind zunächst die feuchternden Gebiete Baden in acht sogenannte Frühdruschbezirke eingeteilt worden, an deren Spitze die Kreisoberzöglichen Landwirtschaftsleiter stehen. Die Einteilung ist folgende:

1. Frühdruschbezirk Mühlheim umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Mühlheim, Berrach-Land, Staufen und Breisach; techn. Leiter: Dekonomierat Wenzel in Mühlheim;
2. Frühdruschbezirk Freiburg umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Freiburg-Land, Emmendingen und Ettenheim; techn. Leiter: Dekonomierat Höder in Freiburg;
3. Frühdruschbezirk Offenburg umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Offenburg-Land, Lahr-Land und Rehl; techn. Leiter: Dekonomierat Huber in Offenburg;
4. Frühdruschbezirk Kallat umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Kallat-Land, Kallat und Kallat; techn. Leiter: Dekonomierat Sammer in Kallat;
5. Frühdruschbezirk Karlsruhe umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Karlsruhe-Land und Bruchsal-Land; techn. Leiter: Landwirtschaftlicher Kreisoberzögler in Karlsruhe;
6. Frühdruschbezirk Oppingen umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Oppingen, Oppingen und Oppingen; techn. Leiter: Landwirtschaftlicher Kreisoberzögler in Oppingen;
7. Frühdruschbezirk Heidelberg umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Heidelberg-Land und Wiesloch; techn. Leiter: Kreisoberzögler in Heidelberg;

8. Frühdruschbezirk Mannheim umfaßt die Kommunalverbandsbezirke Mannheim-Land, Schwetzingen und Weinheim-Land; techn. Leiter: Dekonomierat Stuh in Mannheim.

Diese Einteilung ist notwendig, um die in den einzelnen Bezirken sich ergebenden Schwierigkeiten durch unmittelbares Eingreifen des Frühdruschleiters sofort beheben zu können. Wo irgend welche Druschmittel fehlen, wo es an Seuten, Pferden, Mähern, Schmiermitteln und dergl. mangelt, sollten die Druschleiter sofort benachrichtigt werden, da sie wiederum in direkter Fühlung mit der Regierung und mit dem Kriegswirtschaftsamt stehen, was eine sofortige Erledigung aller Anträge verbürgt.

Die ganze Frühdruschaktion bedeutet für den Landwirt eine ganz erhebliche Erleichterung der sonstigen schwierigen Arbeitssituation und bringt ihm außerdem einen nicht zu verachtenden finanziellen Vorteil, ohne daß er sich irgend einem Zwang zu unterwerfen braucht. Nach wie vor kann jedermann für sich ausrechnen, nur ist es dieses Jahr notwendig, den Drusch nach Möglichkeit zu beschleunigen, da das Reich seine Vorräte baldmöglichst wieder ergänzen muß. Aus diesem Grunde bezahlt es dem frühdruschenden Landwirt mehr als demjenigen, welcher sein Getreide erst später ausdrischt. Für die nächsten Monate kommenden folgende Zuschläge zu den gewöhnlichen Höchstpreisen in Betracht. Der Landwirt erhält:

Bis zum 10. August 1917: den Höchstpreis und eine Druschprämie von 2. — pro Zentner.

Vom 10. bis 31. August 1917: den Höchstpreis und eine Druschprämie von 1. — pro Zentner.

Vom 31. August bis 30. September 1917: den Höchstpreis und eine Druschprämie von 1. — pro Zentner.

Der organisierte Frühdrusch erstreckt sich allerdings nur auf die oben genannten Bezirke und in denselben wieder auf die einzelnen Gemeinden. Daraus könnte man vielleicht schließen, daß die Druschprämie nur diesen, von der Organisation erfassenen frühdruschenden Landwirten zufließen wird. Das ist aber nicht so. Jeder einzelne Landwirt, welcher innerhalb der oben festgelegten Zeiträume sein Getreide abdrischt, hat Anspruch auf die vom Reich bezahlte Frühdruschprämie. Außerdem hat auch jeder einzelne Landwirt Anspruch auf die Unterstützung hinsichtlich der Druschmittel, nur mit dem Unterschied, daß hier der Kommunalverband des Kreises verantwortlich ist, während in den organisierten Frühdruschbezirken die Frühdruschorganisation selbst für alles sorgt.

Besonders betont soll werden, daß durch diese Maßnahmen keineswegs beeinträchtigt ist, den Landwirten das Recht der Selbstversorgung zu erhalten. Wenn auch für alle Fälle in der Berechnung vorgeesehen wurde, daß im äußersten Notfall auch die Selbstversorgung zur Abhilfe herangezogen werden kann, so ist dies jedoch nicht zu befürchten, weil die hohe Frühdruschprämie die Landwirte zu genügend rascher Ablieferung veranlassen wird. Selbst dann, wenn im äußersten Fall die ganze Ernte eines Landwirtes abgefordert werden müßte, ist Vorräte getroffen, daß ihm das zur Selbstversorgung benötigte Quantum so rasch wie möglich durch die Reichsgetreidestelle frachtfrei an die nächste Bahnstation wieder zurückgeliefert wird. Genau gesehen hätte der Landwirt dadurch einen doppelten Vorteil, da er dann auch für seine Selbstversorgungsmenge die Druschprämie erhalten würde.

So stellt sich die Frühdruschorganisation als eine großartige Maßnahme zur Unterstützung der Landwirte bei der diesjährigen Kriegsernte dar. In uns liegt es, von den gebotenen Hilfsmitteln recht ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Freiburg i. Br.

F. Sattler.

Letzte Meldungen.

Die Sozialistenkonferenzen in Stockholm.

1. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Kopenhagen wird gemeldet: „Sozialdemokraten“ meldet aus Stockholm: Nach Abschluß der Verhandlungen mit den deutschen Rinderbeizern können die vorbereitenden Beratungen als vorläufig beendet angesehen werden. Sowohl die Deutschen wie die Holländer verlassen bis auf weiteres Stockholm. Von den ausländischen Vertretern bleibt nur holländischer Jurist, welcher überlassen eingeladen wurde, jetzt nach Petersburg zu kommen. Aus den Kreisen des Komitees wird berichtet, daß man mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden sei. Man habe tatsächlich mit den Vertretern aller wichtigen Länder verhandelt, auch mit solchen aus Frankreich, England, Belgien und Amerika.

2. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ läßt sich aus Stockholm melden: Die Fortsetzung der allgemeinen Stockholmer Konferenz durch den russischen Arbeiter- und Soldatenrat auf einen späteren Zeitpunkt hat ihren Grund lediglich in der physischen Unmöglichkeit der Engländer und Franzosen, zu dem festgesetzten Termin nach Stockholm zu kommen. 1400 deutsche und österreichische Kriegsgefangene in Rußland brachten dem Konferenzkomitee in Stockholm ihre Glückwünsche für die Konferenz. Weiter sprachen sie die Hoffnung aus, die Konferenz möge auch dahin wirken, daß die Gefangenen in Rußland die gleichen Rechte erhalten, wie sie die russischen Bürger haben.

3. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

4. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

5. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

6. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

7. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

8. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

9. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

10. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

11. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

12. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

13. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

14. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

15. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

16. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

17. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

18. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

19. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

20. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

21. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

22. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

23. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

24. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

25. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

26. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

27. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie die halbe Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was wir brauchen, um den Weg aus unseren Wirren und inneren Begebenheiten herauszufinden, eine weichen schärfere entscheidende Zeit. Eine solche Zeit könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten bestimmte und wenn der Reichstag den Beschluß seiner Juli-Tageung beschließen würde. Es wird dann zum Schluss noch gesagt, daß falls der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage verlegen würde, das Interesse der Sozialdemokraten an seiner weiteren Betätigung sehr gering sein würde.

28. Berlin, 27. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift „Die Einseitigkeit des 2. Juli“: Der Verfassungsausschuß des deutschen Reichstages ist von seinen Vorstehern Schödemann für den 2. Juli 10 Uhr vormittags einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betr. die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnung sind fast unzutreffend. Die Sozialdemokraten tun so, als bedeutete sie

Meerumschlungen.

Roman von R. von der Eider.

(Nachdruck verboten)

4) Fortsetzung.
Sie hatte das alte Haus gewählt, das ihr als ihr eigen erschien. Gussie war eine treue Seele, sauber, fleißig und grundbescheiden; sie wurde nur mit zunehmendem Alter etwas schwerfälliger. Die Geduld für ihre junge Herrin lag in ihren hellen Augen ausgebreitet. Sie nahm die schelmische Frage der Herrin bitter ernst.
„Ja, Frau Pastor,“ entgegnete sie, während sie den Tisch deckte, „da kann ich nichts zu sagen. Die anderen Frau Pastors gingen immer in schwarz, Sommer und Winter. Aber wenn die Frau Pastor blau trägt, wird es sich wohl so schiden.“
Thora lachte. „Ja Gussie, schau: blau ist ja die Farbe des Himmels; da kann es doch keine Sünde sein, wenn eine Pastorsfrau ein blaues Kleid trägt.“
„Das hat wohl keine Rot,“ meinte Gussie todernst, während sie wieder hinausging in die Küche.
Die junge Frau blühte ihr lächelnd nach. „Dei,“ sagte sie, „Du hättest noch sein sollen, was die Gussie für ein Gesicht machte, als ich in diesem Kleide in die Küche kam. Sie schlug beide Hände über den Kopf zusammen und rief: „Ach Gott, was für ein feines Gesicht!“ Die Leute scheinen es hier wirklich sehr einfach gewohnt zu sein. Sahst Du gestern, wie die Menschen an den Fenstern standen, und sich selber die Köpfe plattdrückten, als wir durch die Straße fuhren?“
„Sie waren neugierig, mein Schatz, dich zu sehen.“
„Aber weshalb beglückwünschten sie uns nicht einfach auf der Straße oder an unserer Tür?“
„Sie hatten jedenfalls kolossales Interesse an Deiner Person.“
„Haha, mir war's gerade, als wäre ich eine Königin, die in ihr Reich zog.“
„Das bist Du auch.“
„Meinst Du? Die Straßen waren wie leergeräumt; nur an unserer Marienkirche stand ein kleiner schmurriger Bengel. Sahst Du, wie er sich hinterher den Mund abwuschte, als ich ihn küßte? Den Schmutz hat er sich nicht abgewischt, wohl aber meinen Kuß.“
„Du küßt keinen anderen Menschen außer den Deinen Mann!“
„Ich küßte die ganze Welt warm und süß.“
„Und ich gehe leer aus?“
„O Du Gussie! Du hast Du einen Kuß und noch einen. O weh, da kommt Gussie mit der Suppe! Welches Gussie, haben Sie gesehen, wie ich meinen Herrn und Gebieter geküßt habe?“
„Ja,“ hauchte Gussie; sie nickte verschämt mit dem Kopfe.
„Ja, Gussie, wir sind auch Menschen.“

„Das hält ich nicht gedacht,“ stotterte Gussie. Dann als der junge Pastor und sein Weib in ein helles Lachen ausbrachen, merkte sie, daß sie etwas Dummes gesagt hatte; mit rotem Kopf lief sie in die Küche.
„Dei, Pastor, ich stelle Dir das ganze Dorf auf den Kopf!“ jubelte die junge Frau. O, wie ich mich freue! Weißt Du, am meisten freue ich mich auf die Dorfstraße. Es soll ein so kaliblitiger, steifer Menschenhaufen sein hier in der Mark. O, wie will ich sie verwandeln. Sie sollen lachen und singen lernen. Ich will den Frohsinn in ihre Herzen pflanzen.“
„Wie willst Du denn das anstellen, Du mundertüchtige Frau?“
„Hör, wir müssen doch Bisten machen; unbedingt müssen wir das. Aber nicht nur bei den Bauern und den Leuten in der Straße, nein, auch zu den Handwerkern, zu den Arbeitern, die auf dem Deiche wohnen, zu den Allermühsamen müssen wir gehen. Die Leute sollen nicht lachen, daß die neue Frau Pastor stolz ist. O, ich will so lieb, so freundlich zu ihnen sein! Ich spreche mit den Bauernfrauen über Rüh und Butter und mit den armen Leuten über ihre Kinder. O, die Kinder! Dei, die müssen mich lieben; ich habe sie ja auch so gern. Weißt Du, ich möchte eine Sonntagsschule für die größeren Kinder einrichten und eine Spielschule für die kleineren. Für die jungen Mädchen würde ich einen Vesperabend arrangieren. Und was meinst Du zu einem Teaband in der Woche für die Frauen der Bauern und der besser situierten Leute in der Straße? O, ich habe noch viele Pläne!“
„Behalte sie vorläufig im Kopf, mein Schatz. Wir müssen erst die Leute hier kennen lernen, ihre Ansichten und ihre Meinungen. Nachher können wir dann die guten Dinge eines nach dem anderen herbei. Wir müssen erst lernen, mit den Leuten hier umzugehen.“
Draußen ertönte die Hausglocke.
„Belustig! Wer kann das sein? Laß mich los, Dei, mache ein ernstes Gesicht; wir müssen einen ehrfurchterweckenden Eindruck machen.“
„Hörst Du?“
In die Tür trat ein junger Mann, groß, blond, mit einer gesunden Gesichtsfarbe; es war der junge Elementarlehrer Karsten Hennings. „Guten Tag, Pastor Groß, willkommen in Oberwies!“
„Karsten, mein lieber Karsten! Und ich heiße Dich willkommen in meinem Heim. Das Fräulein dort ist Dir wohl keine Fremde; das ist meine Frau Pastor. Thora, kennst Du Karsten Hennings nicht mehr?“
Karsten stand wie vom Blitz getroffen und starrte die junge Frau an, die in dem prächtigen Kleide an wie eine Erscheinung aus einer anderen Welt. Endlich begriff er. „Thora,“ murmelte er.
Sie reichte ihm die Hand und lächelte ihm mit strahlenden Augen an. „Ja, Thora, kennst Du die Thora. Nicht wahr, wir sind alte Bekannte?“

Karsten Hennings lachte gezwungen. „Ja, sehr alt.“ Er ging sich zu ein paar gleichgültigen Redensarten. Er ließ sich in einem der hochlehnigen Stühle nieder und grübelte sich die Haare an, die der Pastor ihm bot. In seinem Innern aber tauchten die Gedanken: läßt und bittere Gefühle durchfluteten sein Herz. Während Thora hinausging, um den Kaffee zu besorgen, und der Pastor elblich dieses und jenes erzählte, blühte der junge Lehrer auf das seinen Raumwollen, die vor ihm in die Höhe stiegen, und seine Gedanken schweiften in vergangene Zeiten.
Er gedachte der Zeit, da er in Hufman die Schule besuchte und im Vorbeigehen in den kleinen Laden in der Torte trat, um ein Schulheft oder ein Buch zu kaufen. Wie eine Königin war ihm das dunkelbläuliche, hoch aufgeschossene Mädchen erschienen, was sie neben der viel kleineren Mutter hinter dem Bobentisch stand. Er bewunderte alles an ihr, die langen Wimpern, den Augenausdruck, die blühende Blässe ihres Gesichtes, das reiche goldblonde Haar.
Später hatte er sie öfters auf der Eisenbahn im Hofen getroffen, und als das höchste Glück war es ihm erschienen, daß er ihr einmal die Schulhefte anschauen und sie führen durfte. Das Eis war wie warm, die fröhliche Lust streifte ihre Wangen.
Ja, es war eine köstliche Zeit. Alles, was blaue Wägen trug, schwärmte für Thora Lobten. Sie merkte es gar nicht; unbefangen und ruhig ging sie ihren Weg.
Jahre vergingen. Karsten Hennings besuchte in Tondern das Seminar. Da sah er sie wieder. Sie war bei ihrer neubeirateten Schwägerin auf Besuch, und in einem Bäderbad führte sie der Zufall wieder zusammen. Herrliche Tage begannen. Wie vertraut gingen sie miteinander durch die schmalen Straßen mit ihren kleinen, altmodischen und doch so netten Häusern, wo die Leute planbar vor der Tür standen und ihnen nachsahen. Dann kamen sie hinaus vor die Stadt aufs freie Feld. Die Sonne schien extra für sie, die Vögel sangen ihnen vor, am Wege blühten kleine, blaue Feldblumen für sie, extra für sie.
In sein Herz zog die erste, heilige Liebe. Eine Liebe, die sich schon verflachte, die seinen Ausbruch fand.
Als er das Examen bestanden hatte und Lehrer geworden war, da hatte er sie noch einmal wiedergefunden in dem halbdunklen Hofen in der Torte. Sie war dieselbe geblieben; nein, sie war größer geworden, voller, anmutiger, und ihre Augen waren tiefer und innergründlicher geworden.
Und er liebte sie noch immer. Sie war seine erste und einzige Liebe; sein ganzes Denken und Denken hing an ihr. Wenn Thora bei ihm saß, da hatte er sich vorgestellt, wie ihre schlanke Gestalt durch seine Räume schritten, wie sie sich zwischen den Fliederbüschen und Rosenbüschen in seinem Garten ausbreiten würde.
Es waren Träume. Und er mußte ja, daß Träume Schäume sind. (Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen

Einladung.

Der Bürgerausschuß beruft ich zu einer Versammlung am Donnerstag, den 28. Juni 1917, nachmittags 4 Uhr, in den Sitzungssaal des Rathauses.
Tagesordnung:
1. Erneuerung und Verkauf von Grundstücken.
2. Verkauf von Grundstücken an die Firma Dörflinger & Co. in Mannheim.
3. Abrechnung von Steuern im Jahre 1917.
4. Aufnahme eines Neubaus.
5. Erweiterung des Kindergartens im Stadtteil Kaiserhof.
6. Gewährung einer einmaligen Fenerungsbeihilfe für das Jahr 1916 an die Kriegsanstalten.
Die Nummer 1-5 und 6 der Tagesordnung können am Tage der Sitzung im Sitzungssaal von den Herren Mitgliedern des Bürgerausschusses eingesehen werden.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Vorsitzende:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Erneuerungswahl

Sitzungsrat des von Dürschbach Armenfonds.

Die Dienstzeit der Stützungsamtmitglieder
Vorsitzmann Georg Wahl
Rathgeber August Schuch
Kassiermann Friedrich Wähler
ist abgelaufen; es hat deshalb eine Erneuerungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Schuch August, Rathgeber
2. Wähler Friedrich, Kassiermann
3. Dr. Ruper, Rathgeber
4. Ruppel, Rathgeber
5. Schuch August, Rathgeber
6. Dr. Ruper, Rathgeber
7. Dr. Ruper, Rathgeber
8. Dr. Ruper, Rathgeber
9. Dr. Ruper, Rathgeber
10. Dr. Ruper, Rathgeber
11. Dr. Ruper, Rathgeber
12. Dr. Ruper, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Erneuerungswahl

Sitzungsrat der Ernst B. Kaufmann-Stiftung.

Die Dienstzeit der Stützungsamtmitglieder
Vorsitzmann Ernst B. Kaufmann
Rathgeber Ernst B. Kaufmann
Kassiermann Ernst B. Kaufmann
ist abgelaufen; es hat deshalb eine Erneuerungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Ernst B. Kaufmann, Vorsitzmann
2. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
3. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
4. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
5. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
6. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
7. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
8. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
9. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
10. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
11. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
12. Ernst B. Kaufmann, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Die Wahl wird am

Donnerstag, den 28. Juni 1917

nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Ergänzungswahl

geschäftsführenden Vorstand der Stadtverordneten.

Das bisherige Mitglied des Stadtverordneten-Vorstandes,
Herr Anton Geis, ist
am 16. Juni 1917
verstorben; es hat deshalb eine Ergänzungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Anton Geis, Vorsitzmann
2. Anton Geis, Rathgeber
3. Anton Geis, Rathgeber
4. Anton Geis, Rathgeber
5. Anton Geis, Rathgeber
6. Anton Geis, Rathgeber
7. Anton Geis, Rathgeber
8. Anton Geis, Rathgeber
9. Anton Geis, Rathgeber
10. Anton Geis, Rathgeber
11. Anton Geis, Rathgeber
12. Anton Geis, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Ergänzungswahl

geschäftsführenden Vorstand der Stadtverordneten.

Das bisherige Mitglied des Stadtverordneten-Vorstandes,
Herr Anton Geis, ist
am 16. Juni 1917
verstorben; es hat deshalb eine Ergänzungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Anton Geis, Vorsitzmann
2. Anton Geis, Rathgeber
3. Anton Geis, Rathgeber
4. Anton Geis, Rathgeber
5. Anton Geis, Rathgeber
6. Anton Geis, Rathgeber
7. Anton Geis, Rathgeber
8. Anton Geis, Rathgeber
9. Anton Geis, Rathgeber
10. Anton Geis, Rathgeber
11. Anton Geis, Rathgeber
12. Anton Geis, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Ergänzungswahl

geschäftsführenden Vorstand der Stadtverordneten.

Das bisherige Mitglied des Stadtverordneten-Vorstandes,
Herr Anton Geis, ist
am 16. Juni 1917
verstorben; es hat deshalb eine Ergänzungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Anton Geis, Vorsitzmann
2. Anton Geis, Rathgeber
3. Anton Geis, Rathgeber
4. Anton Geis, Rathgeber
5. Anton Geis, Rathgeber
6. Anton Geis, Rathgeber
7. Anton Geis, Rathgeber
8. Anton Geis, Rathgeber
9. Anton Geis, Rathgeber
10. Anton Geis, Rathgeber
11. Anton Geis, Rathgeber
12. Anton Geis, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Ergänzungswahl

geschäftsführenden Vorstand der Stadtverordneten.

Das bisherige Mitglied des Stadtverordneten-Vorstandes,
Herr Anton Geis, ist
am 16. Juni 1917
verstorben; es hat deshalb eine Ergänzungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Anton Geis, Vorsitzmann
2. Anton Geis, Rathgeber
3. Anton Geis, Rathgeber
4. Anton Geis, Rathgeber
5. Anton Geis, Rathgeber
6. Anton Geis, Rathgeber
7. Anton Geis, Rathgeber
8. Anton Geis, Rathgeber
9. Anton Geis, Rathgeber
10. Anton Geis, Rathgeber
11. Anton Geis, Rathgeber
12. Anton Geis, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Ergänzungswahl

geschäftsführenden Vorstand der Stadtverordneten.

Das bisherige Mitglied des Stadtverordneten-Vorstandes,
Herr Anton Geis, ist
am 16. Juni 1917
verstorben; es hat deshalb eine Ergänzungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Anton Geis, Vorsitzmann
2. Anton Geis, Rathgeber
3. Anton Geis, Rathgeber
4. Anton Geis, Rathgeber
5. Anton Geis, Rathgeber
6. Anton Geis, Rathgeber
7. Anton Geis, Rathgeber
8. Anton Geis, Rathgeber
9. Anton Geis, Rathgeber
10. Anton Geis, Rathgeber
11. Anton Geis, Rathgeber
12. Anton Geis, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Ergänzungswahl

geschäftsführenden Vorstand der Stadtverordneten.

Das bisherige Mitglied des Stadtverordneten-Vorstandes,
Herr Anton Geis, ist
am 16. Juni 1917
verstorben; es hat deshalb eine Ergänzungswahl am 28. Juni 1917 stattzufinden.
Die Wahl erfolgt nach § 21 des Stützungsstatutes durch den Bürgerausschuß mittels geheimer Abstimmung und zwar auf Grund der vom Stützungsamt und Stadtrat gemeinschaftlich aufgestellten und vom Bürgerausschuß genehmigten Vorschlagsliste, welche folgende Namen enthält:
1. Anton Geis, Vorsitzmann
2. Anton Geis, Rathgeber
3. Anton Geis, Rathgeber
4. Anton Geis, Rathgeber
5. Anton Geis, Rathgeber
6. Anton Geis, Rathgeber
7. Anton Geis, Rathgeber
8. Anton Geis, Rathgeber
9. Anton Geis, Rathgeber
10. Anton Geis, Rathgeber
11. Anton Geis, Rathgeber
12. Anton Geis, Rathgeber
Die Wahl wird am
Donnerstag, den 28. Juni 1917
nachmittags von 3-4 Uhr
im Rathaus (N 1) 2. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen; wir laden hierzu die Mitglieder des Bürgerausschusses unter Aufstellung eines Stimmzettels ein.
Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadratblatt, somit ein Viertel des normalen Kleinbogens von 33 x 43 cm groß und von mittelhartem Schreibpapier sein; sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen derjenigen, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.
Mannheim, den 16. Juni 1917.
Der Stadtrat:
Dr. Ruper. Memann.

Einladung zur Ergänzungswahl

geschäftsführenden Vorstand der Stadtverordneten.

Einschränkung im Gasverbrauch.

Infolge der beschränkten Kohlenzufuhr wurden

an der Stadt Mannheim folgende einschränkende Maßnahmen im Gasverbrauch getroffen:
a) vollständige Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
b) erhebliche Einschränkung des Gasdrucks in den Haushalten von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
An die Bürger wird das Gebot ausgesprochen, im Gebrauch des Gases die größte Sparsamkeit walten zu lassen, insbesondere soll die Benutzung des Gases in der Zeit der Druckerminderung nur in dringenden Fällen stattfinden.
Während der Druckerminderung wird hauptsächlich bei engen Leitungen das Brennen beeinträchtigt. In diesem Falle sollte die Gaszufuhr durch einen Ventilschluß, wenn möglich, nicht erfolgen. Bei Pumpen kann allerdings selbst reguliert werden. Bei den Heizapparaten sollte ein Vorwärtsschalter während der Zeit der Druckerminderung überhaupt unterbrochen, weil dadurch das richtige Brennen in der Zeit des gewöhnlichen Gasdrucks beeinträchtigt wird.
Bei diesem Anlaß weisen wir erneut darauf hin, daß zur Erreichung des richtigen Brennens des gasförmigen Gases die ständige einwandfreie Beschaffenheit der Gasleitungen sowohl wie der einzelnen Brennerstellen gewahrt sein muß. In den meisten Fällen des schlechten Brennens des Gases steht es an der geordneten Reinigung oder an der richtigen Regulierung der Gas- und Ventileinrichtung am Heizapparat oder Heizkörper. Wenn die Ventile geschlossen, muß beim Öffnen der Ventile der Brenner sofort nachgeschoben werden. Bei den Gasbrennern mit Ventileinrichtung vorrichtung hat daselbst zu geschehen; bei Gasbrennern ohne Ventileinrichtung empfiehlt sich zwecks Herabsetzung der Luftzufuhr eine Reduzierung der Luftöffnung des Ventilschloßes zu legen. Bei Gasbrennern mit Ventileinrichtung kann der gewünschte höhere Temperaturgrad leichtestens erreicht werden, wenn der Ventilschloß geöffnet wird.
Alle diese eben erwähnten Regulierungen bei der Gasentnahme im Hause lassen sich leicht vom Laien selbst vornehmen. Sollte da und dort das Gas trotzdem nicht in der richtigen Weise der Brennerstelle entströmen, so kann der Grund nur noch an zu enger oder verstopfter Gasleitung oder an enger oder verstopfter Gaszufuhr am Heizungs- oder Heizapparat selbst liegen. In diesem Falle empfiehlt sich die Gaszufuhr durch den nächsten Installateur.
Regelmäßig neuer Gasanschluß müssen wir doch hinweisen, daß Anmeldungen zwar nach wie vor angenommen, daß aber mit einer baldigen Ausführung der Anträge in der Regel nicht gerechnet werden kann.
Mannheim, den 22. Juni 1917.
Die Direktion der Stadt. Wasser, Gas- und Elektrizitätswerke:
H. S.
Geismeyer.

Einschränkung im Gasverbrauch.

Infolge der beschränkten Kohlenzufuhr wurden

an der Stadt Mannheim folgende einschränkende Maßnahmen im Gasverbrauch getroffen:
a) vollständige Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
b) erhebliche Einschränkung des Gasdrucks in den Haushalten von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
An die Bürger wird das Gebot ausgesprochen, im Gebrauch des Gases die größte Sparsamkeit walten zu lassen, insbesondere soll die Benutzung des Gases in der Zeit der Druckerminderung nur in dringenden Fällen stattfinden.
Während der Druckerminderung wird hauptsächlich bei engen Leitungen das Brennen beeinträchtigt. In diesem Falle sollte die Gaszufuhr durch einen Ventilschluß, wenn möglich, nicht erfolgen. Bei Pumpen kann allerdings selbst reguliert werden. Bei den Heizapparaten sollte ein Vorwärtsschalter während der Zeit der Druckerminderung überhaupt unterbrochen, weil dadurch das richtige Brennen in der Zeit des gewöhnlichen Gasdrucks beeinträchtigt wird.
Bei diesem Anlaß weisen wir erneut darauf hin, daß zur Erreichung des richtigen Brennens des gasförmigen Gases die ständige einwandfreie Beschaffenheit der Gasleitungen sowohl wie der einzelnen Brennerstellen gewahrt sein muß. In den meisten Fällen des schlechten Brennens des Gases steht es an der geordneten Reinigung oder an der richtigen Regulierung der Gas- und Ventileinrichtung am Heizapparat oder Heizkörper. Wenn die Ventile geschlossen, muß beim Öffnen der Ventile der Brenner sofort nachgeschoben werden. Bei den Gasbrennern mit Ventileinrichtung vorrichtung hat daselbst zu geschehen; bei Gasbrennern ohne Ventileinrichtung empfiehlt sich zwecks Herabsetzung der Luftzufuhr eine Reduzierung der Luftöffnung des Ventilschloßes zu legen. Bei Gasbrennern mit Ventileinrichtung kann der gewünschte höhere Temperaturgrad leichtestens erreicht werden, wenn der Ventilschloß geöffnet wird.
Alle diese eben erwähnten Regulierungen bei der Gasentnahme im Hause lassen sich leicht vom Laien selbst vornehmen. Sollte da und dort das Gas trotzdem nicht in der richtigen Weise der Brennerstelle entströmen, so kann der Grund nur noch an zu enger oder verstopfter Gasleitung oder an enger oder verstopfter Gaszufuhr am Heizungs- oder Heizapparat selbst liegen. In diesem Falle empfiehlt sich die Gaszufuhr durch den nächsten Installateur.
Regelmäßig neuer Gasanschluß müssen wir doch hinweisen, daß Anmeldungen zwar nach wie vor angenommen, daß aber mit einer baldigen Ausführung der Anträge in der Regel nicht gerechnet werden kann.
Mannheim, den 22. Juni 1917.
Die Direktion der Stadt. Wasser, Gas- und Elektrizitätswerke:
H. S.
Geismeyer.

Einschränkung im Gasverbrauch.

Infolge der beschränkten Kohlenzufuhr wurden

an der Stadt Mannheim folgende einschränkende Maßnahmen im Gasverbrauch getroffen:
a) vollständige Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
b) erhebliche Einschränkung des Gasdrucks in den Haushalten von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
An die Bürger wird das Gebot ausgesprochen, im Gebrauch des Gases die größte Sparsamkeit walten zu lassen, insbesondere soll die Benutzung des Gases in der Zeit der Druckerminderung nur in dringenden Fällen stattfinden.
Während der Druckerminderung wird hauptsächlich bei engen Leitungen das Brennen beeinträchtigt. In diesem Falle sollte die Gaszufuhr durch einen Ventilschluß, wenn möglich, nicht erfolgen. Bei Pumpen kann allerdings selbst reguliert werden. Bei den Heizapparaten sollte ein Vorwärtsschalter während der Zeit der Druckerminderung überhaupt unterbrochen, weil dadurch das richtige Brennen in der Zeit des gewöhnlichen Gasdrucks beeinträchtigt wird.
Bei diesem Anlaß weisen wir erneut darauf hin, daß zur Erreichung des richtigen Brennens des gasförmigen Gases die ständige einwandfreie Beschaffenheit der Gasleitungen sowohl wie der einzelnen Brennerstellen gewahrt sein muß. In den meisten Fällen des schlechten Brennens des Gases steht es an der geordneten Reinigung oder an der richtigen Regulierung der Gas- und Ventileinrichtung am Heizapparat oder Heizkörper. Wenn die Ventile geschlossen, muß beim Öffnen der Ventile der Brenner sofort nachgeschoben werden. Bei den Gasbrennern mit Ventileinrichtung vorrichtung hat daselbst zu geschehen; bei Gasbrennern ohne Ventileinrichtung empfiehlt sich zwecks Herabsetzung der Luftzufuhr eine Reduzierung der Luftöffnung des Ventilschloßes zu legen. Bei Gasbrennern mit Ventileinrichtung kann der gewünschte höhere Temperaturgrad leichtestens erreicht werden, wenn der Ventilschloß geöffnet wird.
Alle diese eben erwähnten Regulierungen bei der Gasentnahme im Hause lassen sich leicht vom Laien selbst vornehmen. Sollte da und dort das Gas trotzdem nicht in der richtigen Weise der Brennerstelle entströmen, so kann der Grund nur noch an zu enger oder verstopfter Gasleitung oder an enger oder verstopfter Gaszufuhr am Heizungs- oder Heizapparat selbst liegen. In diesem Falle empfiehlt sich die Gaszufuhr durch den nächsten Installateur.
Regelmäßig neuer Gasanschluß müssen wir doch hinweisen, daß Anmeldungen zwar nach wie vor angenommen, daß aber mit einer baldigen Ausführung der Anträge in der Regel nicht gerechnet werden kann.
Mannheim, den 22. Juni 1917.
Die Direktion der Stadt. Wasser, Gas- und Elektrizitätswerke:
H. S.
Geismeyer.

Einschränkung im Gasverbrauch.

Infolge der beschränkten Kohlenzufuhr wurden

an der Stadt Mannheim folgende einschränkende Maßnahmen im Gasverbrauch getroffen:
a) vollständige Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
b) erhebliche Einschränkung des Gasdrucks in den Haushalten von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
An die Bürger wird das Gebot ausgesprochen, im Gebrauch des Gases die größte Sparsamkeit walten zu lassen, insbesondere soll die Benutzung des Gases in der Zeit der Druckerminderung nur in dringenden Fällen stattfinden.
Während der Druckerminderung wird hauptsächlich bei engen Leitungen das Brennen beeinträchtigt. In diesem Falle sollte die Gaszufuhr durch einen Ventilschluß, wenn möglich, nicht erfolgen. Bei Pumpen kann allerdings selbst reguliert werden. Bei den Heizapparaten sollte ein Vorwärtsschalter während der Zeit der Druckerminderung überhaupt unterbrochen, weil dadurch das richtige Brennen in der Zeit des gewöhnlichen Gasdrucks beeinträchtigt wird.
Bei diesem Anlaß weisen wir erneut darauf hin, daß zur Erreichung des richtigen Brennens des gasförmigen Gases die ständige einwandfreie Beschaffenheit der Gasleitungen sowohl wie der einzelnen Brennerstellen gewahrt sein muß. In den meisten Fällen des schlechten Brennens des Gases steht es an der geordneten Reinigung oder an der richtigen Regulierung der Gas- und Ventileinrichtung am Heizapparat oder Heizkörper. Wenn die Ventile geschlossen, muß beim Öffnen der Ventile der Brenner sofort nachgeschoben werden. Bei den Gasbrennern mit Ventileinrichtung vorrichtung hat daselbst zu geschehen; bei Gasbrennern ohne Ventileinrichtung empfiehlt sich zwecks Herabsetzung der Luftzufuhr eine Reduzierung der Luftöffnung des Ventilschloßes zu legen. Bei Gasbrennern mit Ventileinrichtung kann der gewünschte höhere Temperaturgrad leichtestens erreicht werden, wenn der Ventilschloß geöffnet wird.
Alle diese eben erwähnten Regulierungen bei der Gasentnahme im Hause lassen sich leicht vom Laien selbst vornehmen. Sollte da und dort das Gas trotzdem nicht in der richtigen Weise der Brennerstelle entströmen, so kann der Grund nur noch an zu enger oder verstopfter Gasleitung oder an enger oder verstopfter Gaszufuhr am Heizungs- oder Heizapparat selbst liegen. In diesem Falle empfiehlt sich die Gaszufuhr durch den nächsten Installateur.
Regelmäßig neuer Gasanschluß müssen wir doch hinweisen, daß Anmeldungen zwar nach wie vor angenommen, daß aber mit einer baldigen Ausführung der Anträge in der Regel nicht gerechnet werden kann.
Mannheim, den 22. Juni 1917.
Die Direktion der Stadt. Wasser, Gas- und Elektrizitätswerke:
H. S.
Geismeyer.

Einschränkung im Gasverbrauch.

Infolge der beschränkten Kohlenzufuhr wurden

an der Stadt Mannheim folgende einschränkende Maßnahmen im Gasverbrauch getroffen:
a) vollständige Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
b) erhebliche Einschränkung des Gasdrucks in den Haushalten von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
An die Bürger wird das Gebot ausgesprochen, im Gebrauch des Gases die größte Sparsamkeit walten zu lassen, insbesondere soll die Benutzung des Gases in der Zeit der Druckerminderung nur in dringenden Fällen stattfinden.
Während der Druckerminderung wird hauptsächlich bei engen Leitungen das Brennen beeinträchtigt. In diesem Falle sollte die Gaszufuhr durch einen Ventilschluß, wenn möglich, nicht erfolgen. Bei Pumpen kann allerdings selbst reguliert werden. Bei den Heizapparaten sollte ein Vorwärtsschalter während der Zeit der Druckerminderung überhaupt unterbrochen, weil dadurch das richtige Brennen in der Zeit des gewöhnlichen Gasdrucks beeinträchtigt wird.
Bei diesem Anlaß weisen wir erneut darauf hin, daß zur Erreichung des richtigen Brennens des gasförmigen Gases die ständige einwandfreie Beschaffenheit der Gasleitungen sowohl wie der einzelnen Brennerstellen gewahrt sein muß. In den meisten Fällen des schlechten Brennens des Gases steht es an der geordneten Reinigung oder an der richtigen Regulierung der Gas- und Ventileinrichtung am Heizapparat oder Heizkörper. Wenn die Ventile geschlossen, muß beim Öffnen der Ventile der Brenner sofort nachgeschoben werden. Bei den Gasbrennern mit Ventileinrichtung vorrichtung hat daselbst zu geschehen; bei Gasbrennern ohne Ventileinrichtung empfiehlt sich zwecks Herabsetzung der Luftzufuhr eine Reduzierung der Luftöffnung des Ventilschloßes zu legen. Bei Gasbrennern mit Ventileinrichtung kann der gewünschte höhere Temperaturgrad leichtestens erreicht werden, wenn der Ventilschloß geöffnet wird.
Alle diese eben erwähnten Regulierungen bei der Gasentnahme im Hause lassen sich leicht vom Laien selbst vornehmen. Sollte da und dort das Gas trotzdem nicht in der richtigen Weise der Brennerstelle entströmen, so kann der Grund nur noch an zu enger oder verstopfter Gasleitung oder an enger oder verstopfter Gaszufuhr am Heizungs- oder Heizapparat selbst liegen. In diesem Falle empfiehlt sich die Gaszufuhr durch den nächsten Installateur.
Regelmäßig neuer Gasanschluß müssen wir doch hinweisen, daß Anmeldungen zwar nach wie vor angenommen, daß aber mit einer baldigen Ausführung der Anträge in der Regel nicht gerechnet werden kann.
Mannheim, den 22. Juni 1917.
Die Direktion der Stadt. Wasser, Gas- und Elektrizitätswerke:
H. S.
Geismeyer.

Einschränkung im Gasverbrauch.

Infolge der beschränkten Kohlenzufuhr wurden

an der Stadt Mannheim folgende einschränkende Maßnahmen im Gasverbrauch getroffen:
a) vollständige Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
b) erhebliche Einschränkung des Gasdrucks in den Haushalten von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
An die Bürger wird das Gebot ausgesprochen, im Gebrauch des Gases die größte Sparsamkeit walten zu lassen, insbesondere soll die Benutzung des Gases in der Zeit der Druckerminderung nur in dringenden Fällen stattfinden.
Während der Druckerminderung wird hauptsächlich bei engen Leitungen das Brennen beeinträchtigt. In diesem Falle sollte die Gaszufuhr durch einen Ventilschluß, wenn möglich, nicht erfolgen. Bei Pumpen kann allerdings selbst reguliert werden. Bei den Heizapparaten sollte ein Vorwärtsschalter während der Zeit der Druckerminderung überhaupt unterbrochen, weil dadurch das richtige Brennen in der Zeit des gewöhnlichen Gasdrucks beeinträchtigt wird.
Bei diesem Anlaß weisen wir erneut darauf hin, daß zur Erreichung des richtigen Brennens des gasförmigen Gases die ständige einwandfreie Beschaffenheit der Gasleitungen sowohl wie der einzelnen Brennerstellen gewahrt sein muß. In den meisten Fällen des schlechten Brennens des Gases steht es an der geordneten Reinigung oder an der richtigen Regulierung der Gas- und Ventileinrichtung am Heizapparat oder Heizkörper. Wenn die Ventile geschlossen, muß beim Öffnen der Ventile der Brenner sofort nachgeschoben werden. Bei den Gasbrennern mit Ventileinrichtung vorrichtung hat daselbst zu geschehen; bei Gasbrennern ohne Ventileinrichtung empfiehlt sich zwecks Herabsetzung der Luftzufuhr eine Reduzierung der Luftöffnung des Ventilschloßes zu legen. Bei Gasbrennern mit Ventileinrichtung kann der gewünschte höhere Temperaturgrad leichtestens erreicht werden, wenn der Ventilschloß geöffnet wird.
Alle diese eben erwähnten Regulierungen bei der Gasentnahme im Hause lassen sich leicht vom Laien selbst vornehmen. Sollte da und dort das Gas trotzdem nicht in der richtigen Weise der Brennerstelle entströmen, so kann der Grund nur noch an zu enger oder verstopfter Gasleitung oder an enger oder verstopfter Gaszufuhr am Heizungs- oder Heizapparat selbst liegen. In diesem Falle empfiehlt sich die Gaszufuhr durch den nächsten Installateur.
Regelmäßig neuer Gasanschluß müssen wir doch hinweisen, daß Anmeldungen zwar nach wie vor angenommen, daß aber mit einer baldigen Ausführung der Anträge in der Regel nicht gerechnet werden kann.
Mannheim, den 22. Juni 1917.
Die Direktion der Stadt. Wasser, Gas- und Elektrizitätswerke:
H. S.
Geismeyer.

Einschränkung im Gasverbrauch.

Infolge der beschränkten Kohlenzufuhr wurden

an der Stadt Mannheim folgende einschränkende Maßnahmen im Gasverbrauch getroffen:
a) vollständige Einstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
b) erhebliche Einschränkung des Gasdrucks in den Haushalten von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
An die Bürger wird das Gebot ausgesprochen, im Gebrauch des Gases die größte Sparsamkeit walten zu lassen, insbesondere soll die Benutzung des Gases in der Zeit der Druckerminderung nur in dringenden Fällen stattfinden.
Während der Druckerminderung wird hauptsächlich bei engen Leitungen das Brennen beeinträchtigt. In diesem Falle sollte die Gaszufuhr durch einen Ventilschluß, wenn möglich

Offene Stellen

Für Generalagentur Mannheim, grosser Feuerversicherungs-Gesellschaft, die auch U. und M. betreibt, zum baldmöglichsten Antritt tüchtige, geschäftsgewandte, militärfreie

Beamte und Kontoristinnen

gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen M. H. 182 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 26100

Zur Leitung unserer Generalagentur

Mannheim

suchen wir einen in der Lebens- und Vollversicherung erfahrenen, durchaus bewährten, arbeitsfreudigen Fachmann mit guter Allgemeinbildung, grosser Agenten- und Inkassobestand, sowie Büro im eigenen Geschäftsgelände vorhanden. Kautionspflicht, aber nicht unbedingt erforderlich. Ausdrückliche Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Ansprüche unmittelbar an uns erbeten. Verschiedene Gehälter werden zugesichert. 26100
Hamburg-Mannheimer Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Hamburg, Alsterdamm 33.

Sofort gesucht

verheirateter Bürodieners

auch als Hausdiener geeignet, und dessen Frau die Kleinigkeit der Geschäftsküche beehren kann. Angenehme Stellung, auskömmliches Gehalt und freie Wohnung im Hause werden zugesichert. Schriftliche Angebote unter M. Q. 190 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 26200

Frauen und Mädchen

für leichte und schwerere Arbeit gesucht. Arbeitsnachweis der Industrie.

Weibliche Abteilung 26171

Separateingang: Schwetzingenstrasse 17.

Bedeutende Fabrik sucht zur Führung vom Lohn- und Krankenkassenwesen selbständige energische Dame

welche praktische Erfahrungen in obig. Zweigen belegen kann. Nur zuverlässige, gewissenhafte Bewerberinnen werden berücksichtigt. Angebote mit Bild, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Eintrittszeit unter M. H. 247 an Rudolf Mosse, Mannheim erbeten. 26200

Tüchtige branchekundige

Verkäuferinnen oder Verkäufer

für Kurzwaren und Haushaltartikel zum sofortigen Eintritt gesucht. 26193

B. Buxbaum, Eisenhandlung.

Damen

mit guter Schulbildung und guten Kenntnissen in Stenographie und Schreibmaschinenschrift (keine Anfänger) zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter M. N. 187 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Kräftige

Arbeiterinnen

für sofort gesucht. 25200

Estol-Aktien-Gesellschaft

Mannheim-Industrie-Hafen.

Arbeiterinnen

werden eingestellt. 2516a

Gebrüder Pingado, G. m. b. H. Mannheim

Industrie-Hafen, Kammerstrasse.

Im Jahre 1917 zum sofortigen Eintritt einen

jungen Mann

der einige und zwei zum Zeichnen hat, mit einem Büro als Zeichner. Verschiedene Gehälter werden zugesichert. Angebote unter M. H. 247 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 26200

Kontoristin

(keine Anfängerin) von

bis zum baldmöglichsten

Eintritt gesucht. Angebote

unter M. H. 247 an die

Geschäftsstelle dieses

Blattes erbeten. 26200

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt

Fräulein

das in Stenographie und auf der Schreibmaschine durchaus geübt ist und erbiten schriftl. Angebote mit Zeugnisabschriften

Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Asbest-Fabrik.

Für die Landwirtschaft

werden dauernd erfahrene

Arbeitskräfte

(Knechte, Arbeiter und

Arbeiterinnen) mit

Städtischen Arbeitszeugnis

Mannheim, N. 6, 3.

Mit der Bedienung

elektrischer Drehmaschinen

vertraut.

26100

Kranenführer

sofort gesucht. 2103

C. G. Maier, Akt.-Ges.

Parkring 33.

Gurgelstr.

Aufsichtsbeamter

(Techniker)

auch technischer Arbeitsver-

ständiger, möglichst mit

Werkzeugmaschinenverf. sofort

gekauft. 26100

Carl Seidler

Wst. Maschinenfabrik

Mannheim-Neckar

Postfachstrasse 10-12.

Tücht. zuverlässiger

Kesselheizer

zum baldigen Eintritt

gekauft. Angebote bei

freier Wohnung u. Gar-

ten an Papierfabrik

Kappelrodt im

Schwarzwald. 26100

Schneller oder (innen)

auf Militärarbeit gekauft.

Recht. 8, 3, 4. 2613

Tüchtiger

Matratzenmacher

sofort gesucht. 26100

26. Köhler Kaffeehaus

Mannheim, T. 6, 30.

Ausläufer

mit guten Zeugnissen so-

fort gesucht. 2609

Hofdrogerie O 4, 3.

Breiter- u. Schlosser-

Lehrlinge

zum sofortigen Eintritt

gekauft. 26193

Karl Koch & Co., Mannheim

Industrie-Hafen 14.

Kontorist

Buchhalterin

von grosser Maschinen-

fabrik per sofort gesucht.

Kugel mit Zeugnis-

abschriften und Angabe

der Gehaltsansprüche sind

zu richten unter M. P. 181

an die Geschäftsstelle ds. Bl.

26100

Maschinenfabrik in

Mannheim-Neckar

sucht zum baldigen Ein-

tritt ein

jüngeres gewandtes

Mädchen

zur Bedienung des Tele-

phons und Witzsche bei

der Regleratur von einem

Bürodieners

der neben den üblichen

Rechnungen auch die

Rechnung in Stand zu

halten hätte. Der Gehalt

ist für einen Zeitungs-

boten geeignet.

Bewerbungen mit an-

gehefteten Angaben über

biographische Verhältnisse,

Zeugnisabschriften u.

Angabe der Gehaltsan-

sprüche unter M. O. 181

an die Geschäftsstelle ds.

Blattes erbeten. 26200

Einige jüngere

Arbeiterinnen

sucht 26100

Dampfwasserkessel-Parkhotel

Sander & Barth

Mannheimstr. 31.

Ein Fräulein

für nachm. u. meins. beiden

Jahren (M. H. 3) gef. 2614

Arzt. Eulicher

Reichensstr. 20.

Ein ordentliches

Mädchen

für nachm. u. meins. beiden

Jahren (M. H. 3) gef. 2614

Arzt. Eulicher

Reichensstr. 20.

Ein tüchtige

Köchin

mit best. Empfehlungen

i. August od. spät. gef.

Wenk-Wolff

Mannstr. 2. 26100

Alleinmädchen

das selbständig kochen

kann, auf 1. Juli gef. 2614

In erbeten am 5-6 Uhr

in 7, 10, 3 Tr. 2607a

Alleinmädchen

auf 1. Juli gef. 2614

Reichensstr. 20. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Einige jüngere

Arbeiterinnen

sucht 26100

Dampfwasserkessel-Parkhotel

Sander & Barth

Mannheimstr. 31.

Ein Fräulein

für nachm. u. meins. beiden

Jahren (M. H. 3) gef. 2614

Arzt. Eulicher

Reichensstr. 20.

Ein ordentliches

Mädchen

für nachm. u. meins. beiden

Jahren (M. H. 3) gef. 2614

Arzt. Eulicher

Reichensstr. 20.

Ein tüchtige

Köchin

mit best. Empfehlungen

i. August od. spät. gef.

Wenk-Wolff

Mannstr. 2. 26100

Alleinmädchen

das selbständig kochen

kann, auf 1. Juli gef. 2614

In erbeten am 5-6 Uhr

in 7, 10, 3 Tr. 2607a

Alleinmädchen

auf 1. Juli gef. 2614

Reichensstr. 20. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614

Alleinmädchen

gekauft. 2614</

Statt jeder besonderen Anzeige.

Meine liebe Frau, unsere treue, gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Tante

K200

Johanna Jander

geb. Oberberg

ist gestern abend nach schwerem Leiden im nahezu vollendeten 79. Lebensjahr sanft entschlafen.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Fritz Jander sen.

Mannheim, Berlin, Wien, Elberfeld, Mehlis, den 26. Juni 1917
P 4, 12

Die Einäscherung findet Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 3 Uhr statt.

Von Beileidsbesuchen bitten dankend abzusehen.

Hunde

werden geliebt. 2300a
Dittus, N 4, 18.

Verloren.
Im Hauptbahnhof ein

Aktenstück

verloren. 2300

Mögegen gegen Ver-

loren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Verloren. 2300

Tangosol



Präparat baharoch heute den Markt und sind überall erhältlich. Verlangen Sie überall
Toilette-Krem Das ideale Toilette-Mittel für Gesicht und Hände, gleichzeitige Erweichung der Haut. Preis der Tube M. 1.25
Zahnpasta Unübertreffliches Zahnpflegemittel von angenehmem Wohlgeschmack. Preis der Tube M. 1.30
Rasier-Krem Das Rasiermittel der Zukunft. Da kein Rasiermesser mehr nötig. Preis der Tube M. 1.60
Bezugsquellen werden nachgewiesen. Wo nicht erhältlich oder unbekannt, liefern wir zur Einführung auch Einzelstücken franko und emballiert gegen Voreinsendung od. Nachnahme des Betrages

zur kostenlosen Probe

Indem wir — auch angefangene Tuben — noch innerhalb 5 Tagen nach Empfang zurücknehmen und den vollen dafür gezahlten Kaufpreis zurückerstatten.
Mora-Gesellschaft, Berlin S42, Postfach 419/108
Engros-Niederlage für Baden und Pfalz: H197
Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Georg Leonhardt, Rohrbach-Heidelberg.

Laden

nebst ausserordentlichem grossen Raum in zentr. Lage gel. per sofort zu vermieten.
Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt u. M. B. 176 an die Geschäftsst. 210100

Geh. Wirt

